

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

9. März 1960

80/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. M i g s c h, R o i t h n e r, Dipl.-Ing. Dr. Oskar W e i h s, E x l e r, Rosa R ü c k, M o s e r und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen,  
betreffend die Konjunkturlage in der metallverarbeitenden Industrie,  
Elektro- und Kabelindustrie, insbesondere der Unternehmungen auf Grazer  
Boden, SGP., Elin usw.

-.-.-

Der Herr Finanzminister hat vor kurzer Zeit eine Reihe von Massnahmen getroffen, um einer Überhitzung der Hochkonjunktur und ihrer ungünstigen Auswirkung zu begegnen. Seine generell getroffenen Massnahmen haben aber auch bewirkt, dass Einschränkungen der Investitionstätigkeit und der Kreditgewährung auch die oben genannten Wirtschaftszweige und Unternehmungen betroffen haben, obwohl diese gegenwärtig keineswegs sich in dem Stadium einer überhitzten Konjunktur befinden, sondern im Gegenteil mit Auftragsmängeln zu ringen haben.

Bei der SGP-Graz (Simmering-Graz-Pauker-Werke) sollen 90 Arbeitskräfte entlassen werden. Die Drosselung des Verkehrsressorts hat bewirkt, dass Aufträge über 400 gedeckte Güterwaggons und für Triebfahrzeuge für die Wiener Schnellbahn ~~storniert~~ <sup>storniert</sup> werden mussten.

Durch die Einschränkungen bei der Post- und Telegraphenanstalt ist eine Gefährdung der Beschäftigung der Kabelindustrie eingetreten.

Man darf nicht übersehen, dass das Anlaufen der Produktion oft erst längere Zeit nach Auftragserteilung möglich ist, wie insbesondere beim Waggonbau. Die Arbeitslosigkeit und Minderbeschäftigung dauert in dieser Zeit natürlich fort und greift auch auf Zulieferproduktionen über, sodass als Folge dieses Konjunkturablaufes auch die Einnahmen der öffentlichen Hand nicht unbedeutend vermindert werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, dass die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit im Sinne der Regierungserklärung Massnahmen der Konjunkturpolitik zu treffen hat, über die in der Volksvertretung eine Diskussion abzuführen wäre. In Ermangelung dieser erlauben sich die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Finanzminister die nachstehende

A n f r a g e

zu richten:

Ist der Herr Bundesminister für Finanzen bereit, die angeführten Wirtschaftszweige und Unternehmungen von den restringierenden Massnahmen auszunehmen und dafür Sorge zu tragen, dass durch die Gewährung entsprechender Kredite die Vollbeschäftigung in diesen Werken wieder hergestellt werde ?